

staatlichen Organe und bei der Heranziehung der Werktätigen zur Durchführung staatlicher Aufgaben.

Manche Staatsfunktionäre scheuen sich, vor den Werktätigen zu berichten, wie sie die Beschlüsse der Partei und die Gesetze der Regierung durchführen. Das führt dazu, daß anstelle der Überzeugung die Methode des Administrierens und Kommandierens tritt. Nicht selten verhalten sich Staatsfunktionäre gegenüber den Bedürfnissen und berechtigten Interessen der Werktätigen gleichgültig und benehmen sich dünkelhaft, hochmütig und herzlos. Eine Geringschätzung gegenüber den Werktätigen ist es z. B., wenn es das Ministerium für Schwerindustrie duldet, daß sich im VEB Braunkohlenwerk Pfännerhall seit 1950 über 500 Verbesserungsvorschläge angesammelt haben, die nur ungenügend ausgewertet werden. Die Abteilung Arbeit in der Hauptverwaltung Funkwesen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen hat die Initiative der Werktätigen, Neuerermethoden anzuwenden, dadurch gehindert, daß sie eingereichte Vorschläge anderthalb Jahre unbearbeitet liegen ließ. Man muß ernsthaft fragen, wie es möglich ist, daß derartige Arbeitsmethoden der betreffenden Parteiorganisation unbekannt bleiben konnten.

Parteischädigend und gesetzeswidrig handelten Genossen des Rates der Stadt Eibenstock, weil sie zuließen, daß eine notwendig gewordene Umsiedlungsaktion damit eingeleitet wurde, daß einige hundert Kumpel „Räumungsbriefe“ erhielten. Diese Briefe drohten mit Arbeitsentlassungen und Zwangsräumung, wobei sich der Rat auf das 21. Plenum des Zentralkomitees berief. Gegen dieses Verhalten schritt die Parteiorganisation beim Rat der Stadt nicht sofort ein.

Die Parteiorganisationen haben nicht das Recht, sich gegen ungesunde Erscheinungen, die den Interessen der Partei und des Staates Schaden zufügen, gleichgültig zu verhalten. Die Parteiorganisationen haben die Aufgabe, die Mitglieder unserer Partei und alle Mitarbeiter in den staatlichen Organen zu einem hohen Pflichtgefühl gegenüber unserem Staat zu erziehen, Pflichtvergessenheit und gewissenlose Einstellung zur Durchführung von Beschlüssen der Partei und von Gesetzen der Regierung schonungslos auszumerzen.

raw

Die zweite vordringliche Aufgabe besteht in der Qualifizierung der operativen Leitung aller Zweige der Volkswirtschaft durch den Staatsapparat. Dazu ist notwendig, daß sich die Mitarbeiter des Staatsapparates die Kenntnisse der fortgeschrittensten Wissenschaft aneignen. W. I. Lenin lehrt, daß das Wichtigste in der Leitungstätigkeit die richtige Auswahl der Menschen und die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und Gesetze sind. Die Bedeutung dieser Prinzipien wurde von einem großen Teil der Staatsfunktionäre noch nicht erkannt und nimmt deshalb nicht den vorrangigen Platz in ihrer täglichen Arbeit ein. Die Praxis beweist, daß das einer der größten und weitest verbreiteten Mängel in der praktischen Tätigkeit aller staatlichen Organe ist. Das leichtfertige und verantwortungslose Verhalten von Staatsfunktionären zur Durchführung von Beschlüssen und Gesetzen ist eine höchst gefährliche Erscheinung des Bürokratismus.

Auf Initiative des Zentralkomitees faßte der Ministerrat eine Reihe wichtiger Beschlüsse über die Fragen des Bauwesens, der Landwirtschaft und des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts. Diese Beschlüsse geben dem Staatsapparat eine klare Orientierung auf seine Hauptaufgaben und zeigen den Weg zur Erreichung